W-01-210

# Recht auf Wohnen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

| | |
|---|---|
| Antragsteller*in: | KV Oldenburg-Stadt |
| Beschlussdatum: | 21.10.2019 |

## Änderungsantrag zu W-01

**Von Zeile 210 bis 214:**
Im ländlichen Raum stellt sich das Problem oft umgekehrt dar. Es gibt Leerstand und Dörfer mit Einwohnerschwund.

Immer mehr Menschen ziehen vom Land in die Stadt, was zu einer Verknappung des Wohnraums in den Städten führt. Nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch in Klein- und Mittelstädten ist diese Entwicklung feststellbar. Neben dem Fehlen einer guten Anbindung an die Ballungszentren ist oftmals auch ein Mangel an sozio-kultureller Infrastruktur feststellbar.

~~Im ländlichen Raum stellt sich das Problem oft umgekehrt dar. Es gibt Leerstand und Dörfer mit Einwohnerschwund. Gut ausgebaute ÖPNV-Verbindungen sind nicht nur eine klimafreundliche Verkehrsalternative, sondern auch ein Mittel gegen Wohnungsnot, wenn so der ländliche Raum mit attraktiven Reisezeiten an die Ballungszentren angeschlossen und angebunden wird.~~

Ein gut ausgebauter ÖPNV und der Erhalt und Ausbau von Schulen, Kindergärten und Versorgungseinrichtungen sind unabdingbare Voraussetzungen für eine Stärkung der Attraktivität ländlicher Strukturen. Wir wollen bessere Bedingungen für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land schaffen, die auch dazu beitragen, für Entspannung auf dem Wohnungsmarkt in Ballungsgebieten zu sorgen. Ein intensiverer Austausch von Kommunen und anliegenden Städten soll helfen, die individuellen Defizite vor Ort effektiver zu erkennen und zu beheben.

## Begründung

Ein stärkerer Fokus auf die besondere Problematik ländlicher Gebiete ist notwendig, da die Pauschalformulierung „ländlicher Raum“ den individuellen Gegebenheiten vor Ort nicht gerecht wird. Die Lebensverhältnisse in Großstädten sind oft nicht übertragbar auf die Bedingungen in Kleinstkommunen sowie kleinerer und mittlerer Städte. Hier ist eine differenziertere Betrachtung für die Ursachen von Abwanderung in die Städte vonnöten.
Auf den Hinweis des klimatischen Effekts beim Ausbaus des ÖPNV wurde bewusst verzichtet, da hinsichtlich der Wohnproblematik die fehlende bzw. nicht ausreichende Anbindung an Arbeitsplätze, Einkaufsmöglichkeiten etc. im Vordergrund stehen sollte.